

- [S'ist Krieg/ und ich begehre, nicht schuld daran zu sein, \(Pfarrer A. Kemnitzer, Woringen\)](#)
  - [Gerecht und unsauber, \(Gerhard Arnold, Oberstudienrat und Pfarrer, Kitzingen\)](#)
- 

### **S'ist Krieg/ und ich begehre, nicht schuld daran zu sein**

*Pfarrer A. Kemnitzer, Woringen*

Heute, am 19. Mai 1999, setzen die NATO-Luftstreitkräfte ihre Angriffe auf Ziele in Jugoslawien fort. Acht Wochen hindurch bombardieren sie Ziele in Belgrad, Novisad und anderswo. Gleichzeitig verlassen scharenweise Albaner ihre Heimat im Kosovo.

Gedemütigte, verstörte, verzweifelte Menschen wirft der ins Unfassbare gesteigerte Hass über die Grenzen. In notdürftigen Lagern sammelt sich die Elendsflut der Vertriebenen aus Trauer und Verbitterung - nach furchtbarem Erleben von Entsetzen gezeichnet.

Die NATO-Luftangriffe haben die schon lange ersonnene und begonnene »ethnische Säuberung« des Kosovo nicht verhindern können. Im Gegenteil: In den Augen der Serben haben diese Einheimischen als eine Art »5. Kolonne« die NATO zum Kriegseinsatz gegen ihren Staat gebracht. Die Kosovo-Albaner erscheinen gleichsam als Verbündete der Feinde, die vom hohen Himmel herab im Dunkel der Nacht heimtückisch genau Treffer setzen. Das steigert am Boden, in Schluchten mit Partisanen - Erinnerung, in der Abgeschiedenheit der unterentwickelten Region, die Wut zum Verbrecherischen. Irgendwann wird der Kosovo - nach einem Begriff mit bitterem Beigeschmack »Albaner-frei« sein. Ob die westliche Allianz die Rückkehr der Flüchtlinge und Verjagten in ihre verlorene zerstörte Heimat erzwingen wird, bleibt fraglich. Zumindest gab es in diesem 20. Jahrhundert der Massenvertreibungen dafür keinen Präzedenzfall: Armenier, Palästinenser, Juden, Griechen, Türken, Kurden, Schlesier, Ostpreussen, Sudetendeutsche .... Sie kehrten nimmermehr an die alten Siedlungsplätze zurück.

Die deutsche Regierung aus Sozialdemokraten und Bündnis90/Die Grünen, der Bundespräsident, der Bundestag, wie auch angeblich eine Mehrheit der öffentlichen Meinung und der Bevölkerung, stimmen der Beteiligung der Bundeswehr am militärischen Einsatz gegen Milosevic zu. 54 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges ist eine Bastion in den Köpfen und Herzen gefallen. Unser Staat ist in kriegerische Aktionen hineingeraten und hineingeschlittert. Begründet wird das Mitfliegen, Mitmarschieren und Mitmachen der deutschen Uniformen auf dem Balkan mit dem Wert »Verteidigung der Menschenrechte«. Als eine Art neuer »Kreuzzug« der westlichen Staatengemeinschaft wird der Angriff dargestellt. Rasch und konsequent nur militärisches Potential ausschaltend, sollte er vollzogen werden. Heute spricht Verteidigungsminister Scharping davon, dass »es lange dauern könnte.« Das Gerede über den Einsatz von Bodentruppen will nicht verstummen. Reichskanzler Bismarck prägte einst den Spruch: »Für den Balkan sind mir die Knochen eines preussischen Grenadiers zu schade.« Der alte Fuchs, das Militär jederzeit benutzend und zügelnd, wusste, dass im Völkergemisch Südosteuropa unendlich viel Hass und Blutrachedurst angestaut lauert. Da kann jeder Eingriff von aussen ein Pulverfass an ethnischen Gegensätzen in die Luft jagen. Die letzten herrschenden Habsburger sind in diese Völkerfalle geraten. Das Deutsche Kaiserreich war nach 1914 plötzlich mitverstrickt und ist mit untergegangen. Bezahlt haben Millionen auf Schlachtfeldern nach dem Mord von Sarajewo am Veitstag 1914. Die Kettenreaktionen aus Bündnisverpflichtungen löste eine Katastrophe aus. Am Ende gehörte Serbien zu den Siegern. Als Beute durfte es Jugoslawien

gründen. 1941 wurde der »Kunststaat« zerschlagen. Durch Tito wieder geeint, zerfiel er nach dessen Tod und dem Ende des Ost - Westkonfliktes, in dem ein kompaktes Jugoslawien als Puffer willkommen war. In den Krisenzeiten tobte sofort der Kampf der mühsam zusammengehaltenen Volkstumsgruppen. Frieden müssen demnach die Völker in diesem Gemenge selbst wollen und selbst schaffen.

»Gegen Milosevic und sein Regime« - genauso lautete »gegen Hitler, die Nationalsozialisten und den deutschen Militarismus,« die Doktrin der US- Amerikaner und ihrer Verbündeten. 1945 lag fast das ganze Festland Europas in Trümmern, bis der Diktator endlich geschlagen war. Die Bahngleise nach Auschwitz und die Gaskammern wurden nicht bombardiert - dafür offene Städte wie Dresden mit Hunderttausenden von Flüchtlingen, die dem Inferno des Vormarsches der Roten Armee entronnen schienen. Kampf gegen Hitler und seine Clique?: Tiefflieger erschossen im April 45 eine junge Polin auf freiem Feld, die in unser schwäbisches Dorf zwangsverschleppt war. Sie machten Jagd auf Schulkinder ... Das Kriegsziel ist etwas für hohe Reden und die Geschichtsbücher - auch diesmal. In Wahrheit tobt sich im Verlauf der Kämpfe eine blinde Wut darüber aus, dass Milosevic anders wollte als der Westen. Er gehorcht nicht, lenkt nicht ein. Er hält zu lange stand, trotz. Er wagt, vor der einzig verbliebenen Weltmacht nicht sogleich in die Knie zu sinken. Ursprünglich galt der letzte kommunistische Potentat für europäische Politiker als ein Garant für Stabilität, dann als ein Partner für Verträge, schliesslich als ein Feind, nun als ein Verbrecher, der vor ein Kriegsgericht gehört. Er hat nach Dayton kooperations-bereite Hände ausgeschlagen - nun sollen die seinen ihm abgeschlagen werden. Die Enttäuschung, dass er in einer neuen strategischen Ordnung nicht pariert, entlädt sich in Raketendetonationen. Psychische Ursachen für die Zerstörung der Infrastruktur Jugoslawiens liegen in der, von aussen betrachtet, unsinnigen und undiplo-matischen Herausforderung des Serben den US- Amerikanern und den NATO - Europäern gegenüber. Das Schicksal der Albaner, und die Verbrechen an ihnen verstärken die Empörung und lassen sich medienwirksam einsetzen. Minderheitenelend allein rief nicht auf den Plan. Keine Waffendrohung schützt die kurdische Dorfbevölkerung in der Türkei. Tatenlos sah die Welt zu, als in Ruanda vor fünf Jahren Zehntausende abgeschlachtet wurden.

Vertreibung, Flüchtlinge, Luftangriffe, Bombennächte, irgendwann Panzer, Bodentruppen und Partisanen.... ich stand als Pfarrer nun fast 30 mal am Volkstrauertag an Kriegerdenkmälern. Ich sprach zur Versammlung derer, die sich wehmütig, ehrend erinnern. Ich las die Gedenkrede für die Getöteten und die von Unrecht und Leid Gezeichneten. Mit mir werden viele von der Sinnlosigkeit der Kriege geredet haben. Es gibt vielleicht gerechte, aber nie saubere Kriege. Am Ende bleibt nur Mitleid, in dem uns biblisch jammern die Ermordeten, Erschossenen, Vergasteten und Vertriebenen. Was gilt noch die Frage, für welchen Kriegsherren und welches Vaterland und wessen Ideale deren einmaliges kostbares Leben vergeudet wurde? Opfer sind sie alle, auch jene, die eine Zeitlang als Helden gerühmt wurden, weil sie sterbend ihrer Sache den Sieg erwarben. Nichts wiegt vergossenes Blut auf Da stehe ich - wie so viele Kolleginnen und Kollegen, Jahr für Jahr: Hinter mir die Felder der Namen auf Stein in ver-blassender Schrift, im Halbkreis Abordnungen mit Fahnen, ein paar Hinterbliebene. Wir beschwören den Frieden als höchstes Gut. Zwischen Herbst 1998 und November 1999 fallen heuer Bomben auf Mütter und Kinder in Bunkern wie 1941-45. Wieder hasten Frauen und Mädchen davon, damit sie nicht die Beute einer wilden Soldateska werden, wie einst von Dezember 1944 an in Ostpreussen, Brandenburg, Schlesien und dem Sudetenland. Besatzungen verbrennen in ihren Fahrzeugen, von Urankerngranaten entflammt. All die anderen und ich, die wir den 2. Weltkrieg unzählige Male im Aufnehmen der Berichte über einzelne Grauen und Massengreuel nachträglich durchleiden mussten, meinten es ernst: Wir wollen keinen Krieg. Wir wollen nicht schuld sein. Nun hat auch unsere Generation einen Krieg vor unserer Haustür nicht verhindert. Wir werden später analysieren, wie dieses Stück Europa in Brand geriet. Wir werden dann wieder hoffen, dass aus neuen Fehlern endlich

gelernt wird, nachdem eine Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit weitgehend unterblieben war.

Nun rächt sich, dass nach 1945/46 die Vertreibung der Deutschen zwischen Ostpreussen und dem Banat nicht als Unrecht gebrandmarkt wurde. Hier wurde versäumt, in allen - auch in den siegenden Völkern ein Unrechtsbewusstsein herauszubilden. Im Gegenteil, die »Beneschdekrete« prägen die Erinnerung. Sie bestimmen die Haltung zur Vertreibung bis heute. Den ursprünglich Angegriffenen ist in ihrer Gegenwehr und bei der Revanche alles erlaubt. Wehe den Besiegten! Doppelt wehe den Geschlagenen, die mit den Aggressionen begannen. Jede Schandtat ihnen gegenüber ist als Strafe erlaubt. Von einem linken Theologen wurde ich hart angefahren, als ich die Verbrechen der sowjetischen Truppen seit dem Winter 1944/45 bei ihrem Vormarsch in einer Diskussion nur erwähnte.

Milosevic musste denken: Was den anderen ermöglicht wurde, wird auch mir durchgelassen. Die Aktion im Kosovo muss nur schnell und gnadenlos passieren. Die serbische Führung muss dabei als Deckmantel angeben, dass die zu Vertreibenden mit ausländischen Mächten paktiert hätten und zudem die Staatsmacht laufend provoziert. Denn die Welt, nicht einmal Europa, schrien auf, als 300 000 Serben aus der Kraina verjagt wurden - eben, weil sie »angefangen« hatten.

Bis heute ist der politische Arm der Friedensbewegung gelähmt. Deren Führer sind an der Regierung und in den Netzen des NATO-Bündnisses und dessen Strategie verfangen. Sie verlangten vehement nach angloamerikanischen Bombern, die sie im Irak und Vietnam seinerzeit panisch, frenetisch als Teufelszeug der Imperialisten verflucht hatten. Jetzt kommt bei J.Fischer und anderen der Clausewitz-Spruch zur Geltung: »Immer feste druff!« Spielt hier mit, dass Milosevic die Sandkastenpläne der Friedensbewegung lächerlich macht? Haben diese Friedensaktivisten nicht mehr mit einer solchen Entschlossenheit zu Massenvernichtung gerechnet? Enttäuschte Liebe, zerbrochene Träume führen schnurstracks in blinde Wut auf den, der Illusionen platzen lässt: Einst stellten die Grünen die Bundeswehr samt der NATO in Frage, weil sie meinten, es gäbe nichts zu verteidigen in Europa, vor allem nichts für die Deutschen. Soldaten galten als potentielle Mörder. Jetzt, in tragischer Verkehrung, wird die NATO hergeholt, um den zu verprügeln, der das Spiel verdirbt.

Nun bezahlen Scharen von Opfern, dass man sich nicht vorstellen wollte, dass ein Machtbesessener und seine Gefolgsleute tatsächlich Territorien erobern möchten oder ethnisch säubern um jeden Blutpreis. Deutsche Friedensbewegung, OSZE, UNO erscheinen heute als hilflose Organisationen. Waffenruhe gelingt ihnen nur, wenn alle die Bereitschaft zum friedlichen Ausgleich und Miteinander eint. Die Serben unter Milosevic fühlten sich im Kosovo durch die rasant wachsende albanische Bevölkerung mit dem Rücken zur Wand gedrängt. Diese Albaner gelten als Todfeinde, und die, die ihnen zu Hilfe eilen mit Waffen und mit humanitären Programmen, ebenfalls. Nach innen schweisst bislang jede Bombennacht zusammen. Alle von aussen kommenden Versuche, das militärische Handeln mit der Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen an den Albaner zu begründen, stossen auf stocktaube Ohren. Wie soll da jemals ein friedliches Neben- oder gar Miteinander der religiös und ethnisch getrennten Volksgruppen werden? Da braucht es gegen die Kämpfhähne, die Partisanen und die Bluträcher viele ausländische, bestens bewaffnete, äusserst entschlossene Grenadiere (s.o.) für unabsehbare lange Zeit.

Vor acht Wochen wählte sich die Allianz mit ihrem Angriff im Recht. Jede Bombe, jeder Volltreffer, jede brennende Fabrik, zerstörte Wohnungen und getötete Zivilisten verschieben nun die Gewichte der Wertung. Die NATO driftet in eine sie negativ beurteilende Stimmung. Bombenabwürfe auf Stätten der Arbeit, des Wohnens und der Kommunikation erscheinen als böse. Auch ein guter Zweck heiligt diese Mittel nicht. Der Erfolg, der alles beschönigt, bleibt bis heute aus, Die westliche Welt wird ungeduldig .... Monate soll das noch weitergehen. Da werden manche, die erst ja gesagt haben, abspringen, im eigenen Gewissen zermürbt.

Wir gedenken jährlich der Bombenopfer der ersten Hälfte der 40er Jahre, Bilder der Ruinen

und der durch Phosphorbrände hellen Nächte haben uns in Deutschland prägen müssen. Jenem »Bomber-Harris« der Air Force des United Kingdom wurde ein Denkmal errichtet. Die angloamerikanischen Sieger haben generell nie ihre Terrorangriffe auf schutzlose deutsche Städte als Unrecht und strategisch zweifelhaft betrachtet. Sie kennen das letzte Ausmass der Vernichtung und der täglichen Angst in Luftschutzkellern nicht. Ihre abgeschossenen Flugzeugbesatzungen galten als notwendiger Preis. Was sollte schon die Westmächte auf den Prüfstand bringen. Deshalb wiederholten sie ihr Vorgehen, zynisch verbessert, punktgenau auf 300m. Sie werden vermutlich nicht viel verlieren, auch, wenn die militärische Aktion eine Menge kostet. Aber in Serbien gewinnen und die Serben gewinnen sind himmelweite Gegensätze.

1914 trieben die europäischen Mächte nach dem Mord in Sarajewo in einen schrecklichen Krieg. 1939 brach der 2. Weltkrieg als Folge aus der schwelenden Konflikte seit des ersten Waffenganges. 60 Jahre später fallen Bomben auf Belgrad. Die NATO handelt als Anwalt der Menschenrechte der Albaner zugleich, als Richter und Henker in einem. Immer mehr verstrickt sich das Bündnis in die Widersprüche zwischen edler Absicht und Aktionen, wenn Zivilisten, wie die 16 beim Angriff auf das Staatsfernsehen, sterben. Nun sind Verderben und Morden auf den Balkan zurückgekehrt. Von hier aus begannen sie 1902/1905 ihren grausigen Zug durch Europa.

Die jüngere Geschichte bot in den Katastrophen des Jahrhunderts eine Menge Material zum Lernen über Kriege. Die Analysen haben den Ausbruch der Gewalt bis zum Frühjahr 1999 vermeiden helfen. Wenn man nun uns als evangelische Kirche danach fragt, welche Lehre nicht gezogen wurde, dann können wir antworten: die Lehre des Volkstrauertages. Er wird in den Gemeinden am vorletzten Sonntag des Kirchenjahres, dem Gottesdienst mit dem Gerichtsthema begangen. Wir nennen alle Getöteten »Opfer«. Wir kennen das Wort »Sünder«. Wir erkennen es an. Wir wissen, dass »da keiner Gutes tue, auch nicht einer«, dass das Böse manche Menschen vorwärts treibt. In jedem guten Vorhaben kann das belauern und es entstellen. »Gerecht und Sünder« zugleich - diese Grundeinsicht macht vorsichtig.

Die NATO vertraut ihren Waffen, diesen Wundern mit Vernichtungspotential. Die Pazifisten verharmlosten die Gefahr. Sie wähten das Böse hauptsächlich im aggressiven Kapitalismus. Nach 1945 wurde einem grossen Zusammenprall zwischen Ost und West nicht allein durch das Gleichgewicht der schrecklichen Zerstörungsfähigkeit des jeweils andern gewehrt, sondern dadurch, dass auf keiner Seite ein so abgrundtiefer Hasser und Hasserdeur wie Stalin oder Hitler an die Macht gelassen wurde. Mit Milosevic taucht ein ähnlicher Typ auf. Schnell verwirrt er Politiker und Militärs. Jetzt müssen Bomben fallen, weil sich niemand auf so viel Bosheit eingestellt hat, die sich in ethnischen Säuberungen entlädt. Bomben auf Belgrad sind ein verspätetes, unmenschliches Mittel: zu spät, weil die Verantwortlichen dem Pulverfass Kosovo kaum Beachtung schenkten. Sie nahmen die serbischen »Kriegsverbrechen« hinter ihrer Unterdrückung nicht wahr. Sie unterschätzten das Böse. Nun wissen sie keine Antwort, ausser ebenfalls tödend und niederbrennend zu reagieren,

Die christliche Friedensbewegung bedient sich gern des Verses: »Ich (Jesus) aber sage euch: Liebt euere Feinde.« Auf Unschuldige und Schuldige fallen Bomben. Manche kirchlichen Stimmen bejahten ein rasches hartes, gezieltes Zuschlagen, um Friedensverhandlungen zu erzwingen. Die Bilder entflammter Städte in Serbien sprechen Hohn zum Wort der Feindesliebe. Uns gelte wieder entgegen, wie untauglich im alltäglichen Geschehen diese Haltung sei ... Mit der Bergpredigt kann man die Welt nicht regieren und solche Konflikte lösen. Ein grosses Leitwort des Christlichen - so oft in vieler Munde - wird ad absurdum geführt, jetzt im Grossen, wie vielfach im Kleinen. Der Empfehlung zur Feindesliebe folgt in Römer 12 wie eine Zusammenfassung das andere Wort: »Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem.« Dieses Wort kennt alle Abgründe der Realität und rechnet mit der schlimmsten Entwicklung bei sich und anderen. Es ist nicht zu

enttäuschen und bewahrt den kühlen Kopf. Wenn die Welt nach dem Ko-sovo von unserer Kirche ein Wort haben will, dann geben wir dieses. Denn aus dem Vers lässt sich vieles ableiten und in praktische Politik umsetzen: die Achtung jeder Art von Vertreibung, Unterwanderung, Diskriminierung usw., die Einrichtung zentraler Erfassungsstellen von Menschenrechtsverletzungen (wie vormals »Salzgitter«), die Stärkung des internationalen Rechtssystems mit Strafverfolgung und Gerichtshöfen ... Alle Formen der wach-samen Verbeugung schieben Bombardements als ultima ratio weiter hinaus.

[TOP](#)

---

## **Gerecht und unsauber**

*Gerhard Arnold, Oberstudienrat und Pfarrer, Kitzingen*

Einer der merkwürdigsten Kriege dieses Jahrhunderts ist zum Ende gekommen. Nach 79 Tagen haben die NATO - Bomber ihre Angriffe eingestellt. Es ist aber noch völlig offen, ob die jetzige Waffenruhe zwischen der NATO und den serbischen Verbänden (Streitkräfte und Sonderpolizei) den Anfang eines echten Friedensprozesses im Ko-sovo darstellt.

Die evangelische Kirche (EKD, Landeskirchen, kirchliche Organisationen) hat die Kampfhandlungen mit einer kaum noch überschaubaren Fülle von öffentlichen Erklärungen begleitet. Das kann nicht verwundern. Friedenspolitische Fragen beschäftigen sie seit dem kirchlichen Neubeginn nach 1945. In neuerer Zeit hat die EKD nach dem Wiederaufbrechen ethnisch - kultureller Konflikte in Afrika und auf dem Balkan Anfang 1994 die umfangreiche Studie »Schritte auf dem Weg des Friedens« vorgelegt, in der ein neues friedenspolitisches Konzept entwickelt wurde.

Im Folgenden sollen zu vier kirchlichen Themenkreisen, die den Kosovo-Krieg betreffen, erste analytische Überlegungen vorge-tragen werden:

1. Anfragen an kirchliche Stellungnahmen zum Kosovo-Krieg
2. Die bisherige friedenspolitische Einschätzung der »humanitären Intervention« durch die EKD bedarf einer Revision.
3. Welches Verhältnis zur Ser-bischen-Orthodoxen Kirche (SOK) ist künftig angebracht, nach all ihren Irrungen und Wir-rungen seit der Zeit des Bosnienkrieges ?
4. Anfragen an die Alternative des »christlichen Friedensdienstes.«

Darüber hinaus soll die Problematik des NATO-Einsatzes ohne UNO-Mandat beleuchtet und jenseits von Schuldzuweisungen gefragt werden, wie die verant-wortlichen Politiker der NATO zu ihrer Entscheidung gekommen sind, Luftangriffe gegen Serbi-en anzuordnen, weil diese Fragen auch in der evangelischen Kirche heftig diskutiert worden sind.

Es gehört zu den Besonderlichkeiten des Kosovo-Krieges, dass die Regierungen der NATO-Staaten, gegen den ausdrücklichen und auch öffentlich vernehmbaren Rat der NATO-Militärs spezielle Luftoperationen gegen Serbien angeordnet haben, unter Missachtung elementarer Grundsätze militärischer Strategie. Der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses bis April 1999, der deutsche General Klaus Naumann, ein ex-zellenter politischer und militärischer Denker, hat mehrfach öffentlich seine Beden-ken geäußert. Man kann es nicht oft genug sagen:

Die Militärs wollten diesen Krieg nicht.

Auch Einzelheiten der Operationsführung, normalerweise Sache der Mi-litärs selber, wurden ihnen aufgenötigt. Die Politiker glaubten, nach ihren Erfahrun-gen mit Milosevic im September 1995 und im Oktober 1998, mit militärischer Machtde-monstration sein politisches Einlenken erzwingen zu können. Wie konnten die westlichen Politiker in die fatale Lage vom März 1999 kommen, dass sie ihre Kriegsdrohungen wahr-machen mussten? Nur einige

Gründe seien genannt.

Seit dem Bürgerkrieg in Somalia 1992 und dem Krieg im früheren Jugoslawien, der 1992 in seine terroristische Phase gelangte, und speziell nach dem serbischen Massaker an den bosnischen Männern in der UN -Schutzzone Srebrenica im Juli 1995 - von den Medien in grausigen Farbbildern in die Wohnzimmer gebracht - politisierte sich die öffentliche Meinung immer mehr: »Das zivili-sierte Europa darf solche Ungeheuerlichkeiten, die an die Nazi-Greuel erinnern, nicht mehr dul-den«, wurde immer mehr politischer common sense. Der damalige Grünen - Parlamentarier Joschka Fischer, jetzt Aussenminister, schrieb nach dem Sre-brenica-Massaker seinen berühmt gewordenen Sieben - Seiten - Brief an die Parteifreund/innen und sprach sich dafür aus, bei schwersten Menschenrechtsverletzungen militärische Ge-walt-mittel als Abhilfe zu erwägen, eine Position, der sich nach und nach die Parteimehrheit anschloss.

Genau genommen muss man von einer Moralisierung der Diskussion über eth-nisch-kulturelle Konflikte sprechen, was faktisch politische Zweck-mässigkeitenüberlegungen ausschliesst oder zumindest sehr erschwert. Hauke Brunk-horst hat in einer der letzten Buchveröffentlichungen zur humanitären Intervention (Einmischung erwünscht? Menschenrechte und bewaffnete Intervention, 1998) in der Ein-leitung treffend geschrieben, die heu-te durch die Medien gut informierte Weltgesellschaft, wie sie durch die UNO repräsentiert werde, könne bei brutaler innerstaatlicher Gewalt eines nicht mehr: »Nicht zu intervenieren« (S.9). Die EKD hatte bereits im Januar 1994 mit ihren »Frie-densschritten« humanitäre Interventionen, wenngleich unter strengen Bedingungen und ein-gebettet in ein umfangreiches Friedenskonzept für akzeptabel erklärt. Ohne diese im-mer stärker gewordene mentale Haltung vieler Bürger/innen gerade in Europa, auch bei Mitstreitern der früheren pazifistisch orientierten Friedensbewegung, wäre die Entscheidung unserer Politiker zu Luftangriffen gegen Serbien nicht möglich gewesen. In seinem martialischen Leitartikel vom 18.06.1998 in der ZEIT (Schon wieder Milosevic, Der We-sten muss eingreifen, auch wenn er in den Sumpf gerät) hat Schmidt-Häuer bei der linksliberalen Le-ser-schaft für drastische Militärmas-snahmen gegen den Belgrader Diktator geworben. Das »Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt« hat seit Juni letzten Jahres eben-falls eine unmissverständliche interventionistische Kommentierung des Kosovokonflikts geboten. Die beiden noch recht jungen verantwortlichen politischen Redakteure erklärten dem Verfasser bereitwillig, dass sie als Nach - Achtundsechziger besonders seit »Srebrenica« von den Kriegsgreueln in Bosnien so aufgewühlt seien, dass sie militärische Massnahmen auch im Kosovo-Konflikt befürworteten. Dieser immer mehr akzeptierten Bereitschaft, militärisch zugunsten der Menschenrechte einzugreifen, steht aber in der &Ouml;ffentlichkeit eine andere, ebenfalls sehr starke Tendenz gegenüber, den eigenen Truppen keine grossen oder gar unkalkulierbare Risiken zuzumuten. In Unkenntnis der mi-litärischen Realitäten meinen allzu viele Bürger/innen hierzulande, es gebe auf-grund der modernen Waffentechnik nicht nur einen opferarmen, sondern auch einen leicht kalku-lierbaren und »sauberen Krieg«. Nur wenn man diese längst auch in der evangelischen Kir-che verbreiteten Befindlichkeiten wahr-nimmt, kann man die Entschei-dungszwänge unserer Politiker im März 1999 verstehen. Das Gebiet Restjugoslawiens ist wohl auch noch in den nächsten Jahren die vorrangige Krisenregion Europas, für die leichte Lösungen wegen der ausserordentlich komplexen Gemengelage von religiösen, ethnischen und sozia-len Konflikten und historischen Mythen nicht zu erreichen sind. Dies ist der europäischen &Ouml;ffentlichkeit im letzten Jahr nur unzureichend bewusst gewesen.

&Uuml;berdies wollten die westlichen Politiker, nach den schlechten Erfahrungen mit Milosevic seit Beginn des Jugosla-wienkrieges am 27. 6. 1991, keinen wei-teren Reputationsverlust Europas im Umgang mit diesem Gewaltherrscher hinnehmen. Die Angst vor einer neuen albanischen Flüchtlingswelle nach einer weiteren Verschärfung der serbischen Repression gegen die Albaner im Kosovo dürfte gerade für die in dieser Frage

leidgeprüften deutschen Politiker besonders handlungsleitend gewesen sein.

Die bisherigen Betrachtungen rechtfertigen nicht alle politischen Fehlentscheidungen und Fehleinschätzungen im Koso-vo-Konflikt seit Juni 1998, wohl aber wollen sie zu einer analytischen Sicht anregen. Sie ist nötig, weil auch die evangelische Kirche bei der Konfliktverschärfung im letzten Jahr keine eigenen, klärenden Beiträge geleistet hat, was beim Fehlen politischer Stabsabteilungen in der EKD, ihren angeschlossenen Einrichtungen und bei den Landeskirchen nicht verwundern darf. Jeder, der wie der Verfasser die politisch gewollten unklugen, konzeptionslosen und halbherzigen Militärschläge gegen Serbien sehr skeptisch betrachtet hat, muss allerdings auch jetzt noch die Frage beantworten, was er bereit gewesen wäre, an weiteren serbischen Greueln und Vertreibungen in Kauf zu nehmen.

Nun zur völkerrechtlichen Problematik der NATO-Luftangriffe.

Die evangelische Kirche hat in grosser Beständigkeit seit der Friedensdenkschrift 1981 die UNO als Plattform der internationalen Konfliktschlichtung betrachtet und sich deshalb für deren Stärkung eingesetzt. Sie sieht unvermindert in der Durchsetzung des Friedensvölkerrechts das beste Mittel zur Zivilisierung der internationalen Beziehungen und zum Schutz der Menschenrechte. In den »Friedensschritten« von 1994 hat sie deshalb evtl. humanitäre Interventionen streng an die rechtlichen Prozeduren der UNO - Charta gebunden. Entgegen jahrelangen politischen Zusicherungen der früheren Bonner Regierung und der seinerzeitigen Opposition stimmte Regierung und Opposition nun dem ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr ohne UNO - Mandat zu.

Genau genommen ist diese Betrachtung und Zählung nicht richtig. Der erste Kampfeinsatz der Bundeswehr fand am 14.3.1997 in Tirana statt. Beim Luftlandekommandounternehmen »Libelle« wurden in einer Blitzaktion über 100 westliche Zivilisten unter Schusswaffeneinsatz evakuiert (ein albanischer Zivilist wurde dabei leicht verletzt). Der Öffentlichkeit wurde nie mitgeteilt, wie hochriskant diese Operation verlaufen ist und dass sie bis zuletzt vom Scheitern bedroht war. Es gibt für diesen Einsatztyp keine irgendwie kodifizierte völkerrechtliche Ermächtigung, auch wenn sich manche Staaten auf Art. 51 der UNO-Charta (Selbstverteidigungsrecht) berufen; im konkreten Fall lag der Bundesregierung auch keine Erlaubnis durch den Weltsicherheitsrat vor. In der völkerrechtlichen Literatur ist umstritten, ob es schon ein Völkergewohnheitsrecht zur bewaffneten Rettung eigener Staatsangehöriger von fremdem Territorium gibt. Dennoch hat die Bundeswehration in Tirana nirgendwo Kritik, sondern nur Dank bei den Verbündeten gefunden. Irgendeine Massregelung durch einen anderen Staat war auch nicht zu erwarten. Weshalb nicht? Jedes der ständigen Mitglieder im Weltsicherheitsrat nimmt für sich selber im Bedarfsfall das genannte Interventionsrecht in Anspruch und billigt es auch den anderen UNO Mitgliedern zu, sofern nicht gröblich gegen den Grundsatz der Verhältnismässigkeit der Mittel verstossen wird. Diese etwas ausführliche Betrachtung der Operation »Libelle« will auf eine Eigenart des Völkerrechts hinweisen: Seine Regelungsdichte ist viel geringer als etwa im deutschen innerstaatlichen Recht. Es gibt politisch gewollte Grauzonen, in denen sich die Bundeswehr am 14.3.1997 bewegt hat, und viel Bereitschaft auch im Weltsicherheitsrat, Regelverletzungen hinzunehmen, sofern nicht eigene oder vermeintlich eigene Interessen betroffen sind. Eben dies ist auch der Grund, weshalb seit Jahren in der Fachliteratur eine UNO-Reform gefordert wird und u.a. die Konstruktion des Veto-Rechts als anachronistisch und veränderungsbedürftig erscheint. Faktisch ist der Weltsicherheitsrat ein politisches Gremium, das aber im Gewande der obersten Rechtsinstanz der UNO einhergeht, ein ärgerlicher Widerspruch. Man versteht die Bereitschaft der NATO-Staaten zu einer Militärintervention im Kosovo-Konflikt auch ohne explizites UNO-Mandat nur dann angemessen, wenn man die Reformdiskussion über den Weltsicherheitsrat mitbedenkt. Aus durchsichtigen politischen Eigeninteressen Russlands (Tschetschenien, panslawische Ideologie), aber auch Chinas (Tibet-Problem) haben beide Ratsmitglieder die Resolution 1199 vom 23.9.1998 (u.a. Androhung militärischer Gewalt gegen Serbien) mit einer politischen Erklärung versehen,

dass diese Resolution keinesfalls schon militärische Gewalt erlaube. Dabei ist es geblieben. Die NATO hat völlig eindeutig gegen die in der UNO-Charta verankerte alleinige Entscheidungskompetenz des Weltsicherheitsrats verstossen. Dennoch hat letzterer am Tag nach Beginn der Luftangriffe am 25.3. mit 12 zu 3 Stimmen eine Verurteilung der NATO abgelehnt. Die überwiegende Mehrheit des Weltsicherheitsrates billigte also politisch das militärische Vorgehen der westlichen Allianz. Gäbe es das Veto-Recht nicht, stünde die Rechtmässigkeit der NATO-Luftangriffe bei dieser klaren Mehrheit ausser Frage. Soll also der nationale Egoismus eines oder mehrerer Ratsmitglieder entscheiden, ob eine militärische Massnahme rechtmässig ist? Eben diese Frage hat der frühere Bundespräsident Herzog auf seiner Davoser Rede am 28.1.1999 gestellt und indirekt mit Nein beantwortet (sachlich identisch auch im SPIEGEL - Interview Nr. 14/1999). Die EKD hat bereits 1994 in ihren »Friedensschritten« beachtliche Kompetenz gezeigt, als sie auf die Unzulänglichkeiten der jetzigen UNO, auch im Weltsicherheitsrat hingewiesen hat (S. 29) und Reformbedarf anmeldete. Wahrscheinlich deshalb sind die bisherigen Voten der EKD speziell zur völkerrechtlichen Problematik des NATO-Einsatzes so zurückhaltend ausgefallen. Auf welche völkerrechtliche Norm berief sich die Bundesregierung?

Sie machte eine Ausnahmesituation zur Abwendung einer drohenden humanitären Katastrophe im Kosovo geltend. Dabei konnte sie sich auf die Entwicklung des Völkerrechts gerade durch den Weltsicherheitsrat berufen. Seit der inzwischen historisch genannten Resolution 688 vom 05.4.1991 (Ermächtigung der NATO zur Kurdenhilfsaktion) und der äusserst weiten Auslegung durch die Amerikaner und Briten (Flugverbotszone im Süden und Norden des Irak) gelten schwere Menschenrechtsverletzungen nicht mehr nur als innere Angelegenheiten der Staaten. Entgegen dem Text der UNO - Charta in Art. 2 (Striktes Gewaltverbot, Nicht-einmischung in innere Angelegenheiten eines Mitgliedsstaates) können Völkermord und Massenverreibungen als Bedrohungen der internationalen Sicherheit gewertet und mit Militärmassnahmen bedroht werden. Der Internationale Gerichtshof hat 1996 in solchen Fällen sogar eine Pflicht der Staatengemeinschaft zur wirksamen Hilfe konstruiert. Das Völkerrecht ist also in den 90-er Jahren in einem Umbruch geraten, ohne dass ihm entsprechende Kodifizierungen gefolgt sind. Die Argumentation der Bundesregierung, im Sinne des sich entwickelnden neuen humanitären Völkerrechts tätig geworden zu sein, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Der renommierte Völkerrechtler Bruno Simma nannte die NATO-Luftangriffe deshalb »eine lässliche Sünde« (SZ - Interview vom 25.03.1999). Ulrich Fastenrath widerspricht der weitverbreiteten Meinung, der Weltsicherheitsrat habe das internationale Gewaltmonopol und hält es für ausgeschlossen, dass sich auch künftig alle Staaten an sein Votum binden (FAZ 22.04.1999). Auch die Völkerrechtler Martin Nettesheim und Ulrich Beylerlein halten trotz Bedenken die NATO - Angriffe für hinnehmbar (Die Welt 27.3.1999). Anders Reinhard Merkel, der sie als illegal und moralisch verwerflich beurteilt (ZEIT 12. 05. 1999). Am deutlichsten hat der Hamburger Politologe August Pradetto bereits im Herbst 1998 die NATO vor einer Rückkehr zum Faustrecht gewarnt. Auch der ansonsten politisch konservative Juraprofessor Dieter Blumenwitz sieht keine völkerrechtliche Grundlage, will aber dennoch die Berufung auf einen einmaligen Übergesetzlichen Notstand nicht ganz ausschliessen (Interview mit der Würzburger Mainpost vom 27.03.1999). Das Auszählen der publizierten Ja- und Nein-Voten hilft also nicht weiter. Man muss deshalb als Theologe und damit als juristischer Laie zur Kenntnis nehmen, dass die völkerrechtliche Legitimation des NATO - Einsatzes umstritten, aber nicht unmöglich ist. Das Völkerrecht ist im Fluss. Gegen einzelne Regelungen der UNO-Charta zu verstossen heisst noch nicht, das Völkerrecht als Ganzes gegen sich zu haben. Der Politologe Winrich Kühne hat im März 1999 erstmals in seiner 32seitigen Studie »Humanitäre NATO-Einsätze ohne Mandat? Ein Diskussionsbeitrag zur Fortentwicklung der UNO-Charta« (Arbeitspapier der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen) Vorschläge gemacht, wie durch regionale Organisationen, die in Kap. VIII der UNO-Charta beschrieben sind, also z.B. die OSZE,



Autorisierungen auch für Mi-litäreinsätze erfolgen könnten. Die EKD sollte dieses Papier sorgfältig studieren, weil sie selber in den »Friedensschritten« vorausschauend geschrieben hat: »Bei der Weiterentwicklung der gegenwärtigen Strukturen der internationalen Friedensordnung wird zu prüfen sein, auf welche Weise ... neben die Vereinten Nationen, wie in der Charta vor-gesehen, regionale Systeme kollektiver Sicherheit treten können.« (S. 29).

[TOP](#)

---